

ZU DEN BESCHLÜSSEN ÜBER DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Erwartungsgemäß beschloß der Rat der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder am ersten Mai-Wochenende den Eintritt von elf Mitgliedstaaten (alle EU-Länder außer Großbritannien, Dänemark, Schweden und Griechenland) am 1. Jänner 1999 in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die kaufkraftneutrale Umstellung ihrer nationalen Währungen auf die gemeinsame Währung Euro.

Mit 290 Mill. Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von 84.000 Mrd. S (rund 6.000 Mrd. Euro) wird die WWU das größte einheitliche Währungsgebiet der Welt sein und zunächst rund 80% der EU-Wirtschaft einschließen. Der Umlauf an Euro im internen Zahlungsverkehr wird von Anfang an jenen des Dollars als nationale Währung der USA übertreffen. Auch als Weltreservewährung wird der Euro Bedeutung gewinnen, zunächst allerdings noch mit einigem Abstand nach dem Dollar.

ZIELE DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung wird in Zukunft eine bedeutende Weltwährung als eigene Währung zur Verfügung stehen. Die Gemeinsame Währung wird sehr weitgehende Sicherheit internationaler Transaktionen vor Wechselkursfluktuationen bewirken – die innereuropäischen Währungsturbulenzen in den letzten Jahren liefern ein starkes Argument für eine gemeinsamen Währung. Sie soll damit die Effizienz und letztlich auch die Stabilität des Binnenmarktes verbessern.

Neben dem Entfall von Kosten und Unsicherheiten im Zusammenhang mit bisher möglichen Wechselkursfluktuationen werden Wirtschaft und Konsumenten auch durch den Wegfall von Transaktionskosten der Umwechslung von einer in die andere nationale Währung entlastet. Dies bedeutet freilich unmittelbar entsprechende Einbußen der Banken im Devisen- und Valutengeschäft.

Im einheitlichen Währungsgebiet werden diese Faktoren sowie die höhere Transparenz der Preise den Wettbewerb verstärken und so das Preisniveau dämpfen. Auch die Finanzierungskosten werden in einem so großen Währungs-

gebiet tendenziell sinken, weil dieses höhere Effizienz der Kapitalmärkte erwarten läßt. Schließlich kann angenommen werden, daß der Euro der europäischen Wirtschaft mehr Einfluß auf das Geschehen der Weltwirtschaft bietet. In wirtschaftspolitischer Hinsicht wird die Errichtung der Währungsunion stark auf eine Harmonisierung anderer Bereiche (Staatsfinanzen, Steuern) hinwirken.

Neben diesen eher wirtschaftlichen Zielen spielten politische Motive für das Projekt einer gemeinsamen Währung eine wesentliche Rolle. Die gemeinsame Währung kann als Ausdruck und Symbol des Willens zu noch engerer Integration interpretiert werden. Aus Sicht mancher Mitgliedstaaten bedeutet die gemeinsame Währungspolitik auch, daß die faktische Dominanz der Deutschen Bundesbank durch ein föderales, nämlich das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) ersetzt wird.

EINWÄNDE AUS SICHT VON ÖKONOMEN

In der ökonomischen Wissenschaft ist die Einschätzung des Projekts nach wie vor gespalten. Die Einwände lassen sich um folgende Komplexe gruppieren:

1. Der künftig gemeinsame Währungsraum bildet keine optimale Währungszone, weil sich die teilnehmenden Staaten trotz der Einhaltung der Maastricht-Kriterien konjunkturell und strukturell erheblich unterscheiden. Krasse Abweichungen der Wirtschaftsentwicklung in einzelnen Ländern („asymmetrische Schocks“) können nicht mehr durch nationale Zins- und Wechselkurspolitik ausgeglichen werden.
2. Die Nachhaltigkeit der Erreichung vor allem der Fiskalkriterien (Nettodefizit und Staatsverschuldung in Relation zum BIP) kann angesichts von temporär wirkenden Maßnahmen und Grenzfällen der Verbuchung bezweifelt werden – umso mehr als die unbefriedigende Arbeitsmarktlage alle teilnehmenden Staaten zwang, der Beschäftigungspolitik einen höheren Stellenwert einzuräumen, und dieser auch EU-weit vereinbart wurde (Ratsbeschlüsse von Luxemburg, November 1997).
3. Mit der gemeinsamen Währung wurde der Spielraum für die nationale Budgetpolitik, die monetäre Reaktionen ergänzen oder ersetzen könnte, relativ eng begrenzt. Im Interesse des Vertrauens in den Euro soll eine zu expansive nationale Budgetpolitik mit möglicherweise abträglichen Konsequenzen für die Partner verhindert werden. Damit sind jedoch gleichzeitig zwei der traditionell wichtigsten nationalen Steuerungsinstrumente nicht oder nur noch beschränkt gangbar.
4. Sonst denkbare ökonomische Anpassungsmechanismen an solche asymmetrische Wirtschaftssituationen scheinen in Westeuropa als Folge des sozialstaatli-

chen Gesellschaftsmodells und der sprachlichen und kulturellen Verwurzelung weniger leistungsfähig als etwa in den USA. Darunter werden in der Literatur vor allem die Reallohnflexibilität und andere Anpassungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt einschließlich der Mobilität der Arbeitskräfte verstanden.

5. Historische Erfahrungen zeigen, daß Währungsunionen ohne entsprechende gemeinsame politische Institutionen meist an nationalen Sonderinteressen zerbrechen. Der gemeinsamen Währungspolitik wurden in der EU keine zentralen Institutionen gegenübergestellt, die die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen effizient abstimmen und entscheiden könnten. Die Währungspolitik des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) hat sich ausschließlich an der Geldwertstabilität zu orientieren. Die Organe der EZB sind politisch vollständig unabhängig. Über die Frage der politischen Kontrolle und der Bedachtnahme auf andere wirtschaftspolitische Interessen als das der Preisstabilität bestehen zwischen den Teilnehmerländern erhebliche Auffassungsunterschiede. Die Lösung dieser Fragen wird durch den gleichzeitigen Bedarf an einer Reform der EU-Institutionen und an Verhandlungslösungen für die nächste Erweiterungsrunde enorm belastet.

Diese Argumente werden vor allem von deutschen und auch von namhaften Ökonomen aus den USA vertreten. Manche gehen so weit, die Währungsunion unter den vereinbarten Umständen als Glücksspiel („gamble“¹⁾) oder im Extremfall sogar als Kriegsanaß (*Feldstein*, 1997) zu bezeichnen.

Die meisten dieser Argumente basieren auf der Theorie des optimalen Währungsgebietes, die 1961 von Robert Mundell entwickelt wurde (*Mundell*, 1961). Ein einheitliches Währungsgebiet verspricht dann höhere Effizienz für die teilnehmenden Volkswirtschaften und stabileren Bestand, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse und Reaktionen einigermaßen parallel sind.

Im Falle von größeren Divergenzen der Wirtschaftslage (asymmetrischen Schocks) müßten jedenfalls die folgenden Reaktionen möglich sein, weil ja nicht mit einer Abwertung reagiert werden kann:

- Mobilität der Produktionsfaktoren, speziell der Arbeitskräfte, die dorthin wandern müßten, wo die Beschäftigungsbedingungen besser sind,
- flexible Reaktion der Löhne und Preise, um die Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen,
- ein hohes Maß an fiskalpolitischer Integration des Währungsgebietes, das auch einen leistungsfähigen Finanzausgleich zugunsten von betroffenen Nationen

¹⁾ Siehe dazu *Obstfeld* (1997), mit den Diskussionsbeiträgen von Alberto Alesina, Richard N. Cooper und anderen, sowie *Jacquet* (1998).

oder Regionen erlaubt, wofür letztlich eine starke politische Zentralgewalt erforderlich erscheint.

Integrationspolitisch entwickelte sich aus der ökonomischen Theorie des optimalen Währungsgebietes die „Krönungstheorie“, die eine Währungsunion erst als Abschluß eines längeren, sehr weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Angleichungsprozesses für tragbar erachtet.

Verschiedene empirische Nachweise belegen, daß zwar eine Kernzone des Euro-Gebietes den Forderungen der Theorie nach ähnlichen konjunkturellen und strukturellen Gegebenheiten nahekommt – Deutschland und die schon bisher mit seiner Währung verbundenen Nachbarn Frankreich, die Benelux-Staaten und Österreich²⁾ —, daß aber auch innerhalb dieses Blocks weder Mobilität noch Finanzausgleich gegeben ist. Noch viel weniger entspricht die Einbeziehung der peripheren Teilnehmer Italien, Spanien, Portugal, Irland und Finnland den Kriterien der Theorie.

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER KRITIK AN DER WÄHRUNGSUNION

Daß die an der Währungsunion teilnehmenden Volkswirtschaften bis in jüngste Zeit ungenügend kongruent erschienen, muß keine strukturelle Konstante sein. Man kann vielmehr argumentieren, daß sie die notwendige Konvergenz unter dem Einfluß der Währungsunion erst erreichen können. Diese Argumente spiegeln im Gegensatz zur Krönungstheorie eine dynamische Betrachtungsweise wider:

Die wirtschaftliche Verflechtung wird zunehmen und damit das Risiko asynchroner Konjunkturverläufe abnehmen – nicht wenige asymmetrische Schocks waren in der Vergangenheit gerade auf Wechselkursturbulenzen zurückzuführen, die jetzt unmöglich werden –, die unterschiedlichen Finanzierungsstrukturen insbesondere in bezug auf die Reaktion auf Leitzinsänderungen werden sich unter dem Einfluß eines relativ einheitlichen Zinsniveaus aneinander anpassen. Schließlich wird die Lohn- und Preispolitik angesichts einer nicht mehr durch Abwertung abzuwendenden Gefahr von Arbeitslosigkeit reagieren, indem sie sich zunehmend an der Wettbewerbsfähigkeit und am Produktivitätsfortschritt orientiert³⁾.

Der Abbau bestehender hoher Staatsschulden einzelner Teilnehmer, die im Extremfall die Währungsunion destabilisieren könnten, wird durch die niedrigeren Zinsen in der Währungsunion wesentlich erleichtert. Der Einfluß

einer hohen Staatsverschuldung auf die gemeinsame Geldpolitik wurde bei der politischen Interpretation der Fiskalkriterien von Maastricht vielfach überschätzt. Zweifellos sind mäßige Staatsschulden das solidere Fundament für die Währungsunion, doch müßte die Verschuldungspolitik einzelner Regierungen schon exzessiv und dauerhaft sein, um die Partner tatsächlich zu belasten.

Österreich verfügt über einige Erfahrungen in der Anpassung der nationalen Wirtschaftspolitik aus der Zeit der Hartwährungspolitik, in welcher der Schilling (seit Ende der siebziger Jahre) einseitig an die DM gebunden und damit auf das Instrument der Abwertung weitestgehend verzichtet wurde. Die erforderlichen budget- und einkommenspolitischen Konsequenzen waren vielleicht an der Wende zu den achtziger Jahren noch nicht allen politischen Entscheidungsträgern bewußt. Als aber die Gefahr von Leistungsbilanzungleichgewichten und Marktanteilsverlusten erkennbar wurde, lernte es insbesondere die Einkommenspolitik im Verlauf von wenigen Jahren, sich an der festen Wechselkursvorgabe zu orientieren.

Hinzu kommt ein nicht zu unterschätzender Spielraum der nationalen Politik, den die Theorie der optimalen Währungszone vernachlässigt: Durch eine entsprechende Standortpolitik können zumindest auf mittlere Sicht die angebotsseitigen Bedingungen für die Wirtschaft eines betroffenen Landes so gestaltet werden, daß sich seine Preis- und Kostenentwicklung und damit auch die Beschäftigungslage verbessern. Senkung der überbetrieblichen Kosten und Effizienzsteigerung, vor allem auch Reformen im öffentlichen Sektor sind wichtige Elemente einer solchen Strategie.

Unter bestimmten Bedingungen sind auch eine aktive Beschäftigungspolitik und die Stabilität in der Währungsunion keine Gegensätze: Wenn die Arbeitsmarktlage durch Abbau von strukturellen Beschäftigungshindernissen verbessert und die Fehlallokation von Ressourcen verringert wird, dämpft dies auch die Preis- und Kostenentwicklung und stabilisiert die Volkswirtschaft wirtschaftlich und politisch.

Der zweite Komplex der kritischen Einwände bezieht sich auf die Einschränkung des Budgetspielraums. Im Falle eines Konjunkturrückschlags würden die vereinbarten Obergrenzen für das Staatsdefizit zu gering sein – umso mehr als Zweifel daran angebracht sind, ob eine nachhaltige Sanierung der Staatshaushalte tatsächlich schon beim Eintritt in die Währungsunion geglückt sei.

Es ist unbestritten, daß in vielen WWU-Ländern weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Staatsfinanzen dringlich sind, vor allem auch in Hinblick auf künftige Finanzierungserfordernisse etwa aus der Altersvorsorge.

Der Spielraum für das Wirken automatischer Stabilisatoren im Falle eines Konjunkturrückschlags muß gerade auch in Österreich sicher noch vergrößert werden. Eine konjunkturbedingte Variation des Staatsdefizits von $\pm 2\%$

²⁾ Bofinger (1994), Gros (1996), Bayoumi – Eichengreen (1996).

³⁾ Die empirischen Nachweise, daß die Reallohnflexibilität bisher zu gering war, überzeugen nicht, denn sie vernachlässigen den Regimewechsel zur Währungsunion, in dem wirkungsvolle Anreize dafür geschaffen werden (siehe dazu Obstfeld, 1997, S. 274).

bis $\pm 3\%$ des BIP scheint jedoch nach den bisherigen Erfahrungen ausreichend⁴⁾. Außerdem kann angenommen werden, daß asynchrone Konjunkturrückschläge in der WWU seltener und schwächer werden. Im Falle einer synchronen Krise könnte hingegen auch die Geldpolitik der EZB entsprechend reagieren.

Die Kritik, daß in der Währungsunion keine schlagkräftigen zentralen Institutionen für die Anpassung der sonstigen Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehen, weshalb nationale Sonderinteressen die Geldpolitik konterkarieren könnten, ist nicht abzuweisen. Man muß davon ausgehen, daß die Europäische Union noch lange nicht die Verfassungsstruktur eines Bundesstaates aufweisen wird. Für die vorliegende Form einer intensiven Staatenverbindung mußten daher politische Institutionen geschaffen werden, die ohne historisches Vorbild sind.

Die wirtschaftspolitischen Vorkehrungen des Unionsvertrags, vor allem betreffend die Haushaltsdisziplin (Art. 104c) und die Erklärung der Wirtschaftspolitik zu einer Angelegenheit gemeinsamen Interesses (Art. 103) sowie die Bestrebungen zu einer Aufwertung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) sind jedenfalls Bausteine für eine wirkungsvolle Koordination der Wirtschaftspolitik.

Der Einwand, daß es in der Union keinen ausgebauten Finanzausgleich gibt, der nationale, regionale oder sektorale Sondersituationen durch Gewährung von Kapitaltransfers erleichtern könnte, ist gleichfalls richtig, wenn man die vergleichsweise äußerst geringen Mittel der Union mit dem Ausmaß innerstaatlichen Finanzausgleichs vor allem in Bundesstaaten vergleicht. Die EU-Strukturfonds sowie die Vorkehrungen des Art. 103a Abs. 2 im Falle außergewöhnlicher Schwierigkeiten eines Mitgliedslandes sind dennoch nicht unbeachtliche Ansatzpunkte in dieser Richtung. Anhand von konkreten Situationen erscheinen in der Währungsunion auch weitergehende Vereinbarungen denkbar. Einen Anstoß, den fiskalischen Föderalismus in der Union über die gegenwärtigen Festlegungen hinaus zu überdenken, gibt die Währungsunion zweifellos.

Es ist, zusammenfassend, nicht von der Hand zu weisen, daß einige Teilnehmer der Währungsunion noch nicht ausreichend homogene Strukturen aufweisen und daß sich die institutionellen Vorkehrungen für das Funktionieren der Währungsunion im äußersten Fall als noch ungenügend erweisen könnten. Das Projekt der Währungsunion ist daher zweifellos nicht ohne Risiken. Die Möglichkeit, unter dem Einfluß der Währungsunion und mit ihrer Hilfe zu lernen und flexibler zu werden, besteht. Ökonometrische Untersuchungen anhand von historischen Daten müssen diese Möglichkeit systematisch übersehen. Das Ausmaß der schon vor dem Beginn der

Währungsunion in jüngster Zeit vollzogenen Konvergenz ist trotz mancher Zweifel an den Maßgrößen unerwartet und ermutigend.

Einen Umstand vernachlässigen viele Stellungnahmen, typischerweise gerade solche von Ökonomen: Wenn es richtig ist, daß die Errichtung der Währungsunion Risiken birgt, dann ist es umso mehr richtig, daß die Beibehaltung des gegenwärtigen währungspolitischen Zustands der EU kostspielig, ineffizient und riskant wäre. Sie würde den Bestand des Binnenmarktes durch protektionistische Reaktionen auf Abwertungen in Mitgliedsländern mindestens ebenso gefährden wie Spannungen und Rigidität in der Währungsunion.

Aus nationaler Sicht mag die Möglichkeit einer Abwertung manchmal als Mittel der Wahl erscheinen – und sie wird häufig von Ökonomen als solches dargestellt; aus Sicht einer Wirtschaftsunion ist sie jedoch ein Mittel, das jedenfalls die Wohlfahrt der Union und damit der Partner beeinträchtigt. „Beggar my Neighbour“ sollte in einem Binnenmarkt systematisch unterbunden sein.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KONSEQUENZEN

Das Gelingen der Währungsunion ist zwar aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr wünschenswert und auch wahrscheinlich, es ist aber keineswegs garantiert. Die WWU wird für die teilnehmenden Volkswirtschaften wesentliche Rahmenbedingungen verbessern, sie muß jedoch von nachhaltigen wirtschaftspolitischen Reformen begleitet sein. Wahrscheinlich wird sie eine weitere Tendenz zur Harmonisierung innerhalb der EU auslösen. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgabengebiete sind die folgenden:

Die Budgetpolitik wird ihre prinzipiell restriktive Haltung noch einige Jahre beibehalten müssen, um die konjunkturelle Manövrierfähigkeit wieder herzustellen. Vielfach wird sie nun tiefgreifende Reformmaßnahmen angehen müssen, die in den ersten Etappen der Konsolidierung verschoben wurden. Diese beziehen sich in erster Linie auf den öffentlichen Sektor und sollen höhere Effizienz und eine geringere Kostenbelastung der Wirtschaft ansteuern. Wenn die grundsätzliche Option der meisten westeuropäischen Staaten für die Beibehaltung wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen glaubhaft sein soll, sind Flexibilität und Innovation im einzelnen die wichtigste Grundlage.

Die Beschäftigungspolitik wird von der Währungsunion unmittelbar kaum erleichtert. Auch wenn die WWU auf längere Sicht höhere Wertschöpfung und damit wohl auch höhere Beschäftigung verspricht, und auch wenn manche früheren Hochzinsländer durch die Konvergenz des Zinsniveaus konjunkturell begünstigt erscheinen, ist die Währungsunion kein Beschäftigungsprogramm auf kurze Sicht.

⁴⁾ Uhl (1997) schätzt, daß die zyklische Komponente des Staatsdefizits in Österreich in den meisten Fällen unter 1,75% des BIP liegen dürfte.

Im Gegenteil: sowohl das anzunehmende Bemühen der EZB um eine glaubhafte Inflationsbekämpfung als auch die durch die Währungsunion induzierten internationalen Konzentrationstendenzen könnten zunächst den Druck auf den Arbeitsmarkt noch erhöhen. Es ist daher dringend geboten, die in den nationalen Aktionsplänen skizzierten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (aktive Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Forschungsorganisation usw.), die sich nur marginal auf erhöhte Staatsausgaben stützen können, institutionell und organisatorisch zügig umzusetzen.

Die Beschränkung des Budgetspielraums bringt auch mit sich, daß die nationale Bereitschaft zu einer stärkeren Finanzierung eines föderalen Finanzausgleichs über die Unionsebene nahe Null ist. Diese Haltung wird durch die möglichen Belastungen, die die nächste Erweiterungsrunde mit sich bringen könnte, bestärkt. Von der Währungsunion kann dennoch eine Tendenz zur Ausweitung der Unionsfinanzierung erwartet werden, um sowohl in bezug auf Gemeinschaftsanliegen (z. B. transeuropäische Infrastruktur) als auch bei Ungleichgewichten effizient wirken zu können.

Aspects of European Economic and Monetary Union – Summary

European economic and monetary union (EMU), due to start in 1999, is expected primarily to improve the effectiveness of the internal market because it should eliminate most of the uncertainties surrounding exchange rates and their costs. EMU will strengthen competition and put the risks of foreign trade and international investment on a more calculable basis. There are also grounds to assume that the single currency, being a viable alternative to the dollar, will provide more weight and influence for the European Union as a player in the global economy.

Euro-sceptics, which count quite a few economists among their ranks, raise a number of objections to EMU: they doubt that the eleven countries are an „optimal currency area“; they fear that further budget consolidation, a necessary condition for stability, will not continue, that there is insufficient margin to compensate for asymmetric shocks, that there could be situations in which devaluation is the instrument of choice; they expect the strained labor market to exert heavy pressure on governments and the European Central Bank, and that national emotions will run high; and they feel that a central monetary policy would need to be accompanied by similar common institutions to co-ordinate other economic policies.

All these objections are true in principle and they certainly constitute risks for the working of EMU. Yet they overlook several provisions and mechanisms put in place to ensure that EMU will become and remain functional. Establishing monetary union will help states faced with massive budgetary problems because it reduces expenditure on interest and invigorates the economy. EMU will bring transparency to inconsistent wages and price policies, thereby fostering efforts to put them on a basis of productivity. Employment initiatives are not necessarily inconsistent with budgetary consolidation – indeed in many cases what is needed most is organizational improvements that have little impact on the budget. And the institutional provisions to co-ordinate economic policies and ensure inde-

pendence of the European Central Bank are designed to perform efficiently and inspire confidence.

Ultimately, we need to consider that the European Union's political structure constitutes integration *sui generis*, which cannot be compared with any historical predecessors.

Many critics also tend to overlook that there is no alternative to EMU that does not include at least some level of risk. Loose co-operation within the European Monetary System clearly demonstrated the limits and enormous risks involved in that structure. In the long run, the system has been putting a major strain on Europe's position in the global economy.

Austria in particular has sound reasons to participate in EMU: For many years now Austria has designed its economic policies in a way that anticipated EMU conditions by fixing the ATS/DM exchange rate. This unilateral link has made the Austrian economy stronger and more dynamic in general. Austria has very close ties to the euro core zone, which can with some justification be seen as an „optimal currency area“. If Austria were to stand apart, this would deprive its economy of the advantage of using a global currency as its own currency and would have it fall back on a schilling currency that is prone to marginalization and speculation.

Yet the creation of EMU also constitutes a new challenge to economic policies and corporate competitiveness. A major concern is ensuring that budget consolidation will continue in Austria in order to have an effective response in the event of a downturn or other crisis. The chief item on the government agenda will need to be stringent cuts in the costs and structure of the public sector. Austrian businesses will have to live with more competition, which will nevertheless bring new opportunities. The acceleration of merger activities in Europe will have to be countered by specialization in niches as much as by building partnerships on a European scale.

Die Währungsunion wird auch zugunsten einer weiteren Harmonisierung des Steuersystems wirken. Dies bezieht sich vorrangig auf die Besteuerung von Kapitalerträgen im Abzugsweg (Quellensteuer) und von Kapitalzuwachsen, in der Folge auch auf die Umsatz- und Verbrauchsbesteuerung. Kommen Vereinbarungen ähnlich dem neuen Kodex gegen den unfairen Steuerwettbewerb in der Körperschaftbesteuerung (der den Steuertourismus von Unternehmensstandorten bekämpft) nicht zustande, so wird die Währungsunion Harmonisierungen gleichsam erzwingen, und dies könnte den Ausgleich der Staatshaushalte und die Erfüllung von Staatsaufgaben gefährden.

Die Währungsunion wird den Standortwettbewerb innerhalb Europas weiter verschärfen. Dementsprechend kommt der nationalen Standortpolitik erhöhte Bedeutung zu. Trotz der Tendenzen zur Steuerharmonisierung ist eine Vereinheitlichung der Steuersätze selbst nicht zu erwarten. Höhere Effizienz des öffentlichen Sektors ist somit eine Grundlage für attraktive Besteuerung und erhöht die Standortgunst. Diese wird auch durch wirtschaftsnahen öffentlichen Dienste und durch ein gewisses Maß an Flexibilität im Gewerbe- und Arbeitsrecht verbessert.

Die österreichische Wirtschaft wird auf solche Standortvorteile – oder richtiger: auf die Beseitigung bisheriger Standortnachteile – besonders angewiesen sein. Die europäische Tendenz zur Konzentration von Standorten und Unternehmen im Binnenmarkt, die von der Währungsunion partiell (Finanzdienstleistungen, Handel, Verkehr, Konsumgütererzeuger) noch verstärkt wird, läßt vielen mittelständischen Unternehmen eher die Option der Spezialisierung als der Kostenführerschaft in der

Massenproduktion offen. Spezialisierung setzt jedoch neben einer leistungsfähigen materiellen und immateriellen Infrastruktur vielfach Flexibilität und Innovation in der Gestaltung der öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen voraus.

Die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Auffassungsunterschiede und Anpassungsschwierigkeiten innerhalb des einheitlichen Währungsgebietes sollen nicht übertrieben negativ gesehen werden. Letztlich würde ein Fehlschlag des Projekts für alle Beteiligten mehr kosten als Kompromisse in der Anpassung an die gemeinsame Währungspolitik. Der Euro ist zum Erfolg verurteilt, weil andernfalls die europäische Integration als Ganzes in Frage gestellt würde.

LITERATURHINWEISE

- Bayoumi, T., Eichengreen, B., „Operationalizing the Theory of Optimum Currency Areas“, Centre of Economic Policy Research, Discussion Paper, 1996, (1484).
- Bofinger, P., „Is Europe an Optimum Currency Area?“, Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper, 1994, (915).
- Feldstein, M., „The Euro and War“, Foreign Affairs, 1997, (November/Dezember).
- Gros, D., „Towards Economic and Monetary Union: Problems and Prospects“, Centre of European Policy Studies, 1996, (65).
- Jacquet, P., „EMU: A Worthwhile Gamble“, International Affairs, 1998, 74(1), S. 55-71.
- Mundell, R., „A Theory of Optimum Currency Area“, American Economic Review, 1961, (51), S. 657-665.
- Obstfeld, M., „Europe's Gamble“, Brookings Papers on Economic Activity, 1997, (2), S. 241-317.
- Url, Th., „Die Kosten des Paktes für Stabilität und Wachstum“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(6), S. 381.